

Hauptmann Malikowski als „Leitender Mitarbeiter der politischen Abteilung“ wirkte.

Ganz anderen Zielen als dieser Volksoffizier diente ein Bruder seiner Frau, der für eine private Berliner Widerstandsorganisation in der Sowjetzone tätig war und deshalb schon vor längerem mit dem Staatssicherheitsdienst der DDR kollidierte. Er wurde verhaftet. Nachdem er seine Strafe abgesessen hatte, rettete er sich nach Westen, wo ihn interessierte Wächter der bundesrepublikanischen Sicherheit nach Freunden, Verwandten und Bekannten in sowjetzonalen Dienststellen befragten.

Der Flüchtling entsann sich seines Schwagers Malikowski bei der Potsdamer Schützendivision und ließ ihn über familiäre Kanäle im Frühjahr 1960 wissen, wie willkommen er im Westen wäre, wenn er sich entschließen könnte, zu desertieren.

Die Offerte kam in einem günstigen Moment. Malikowski, seit drei Jahren Hauptmann, war soeben bei der Beförderung zum Major übergegangen worden, weil die von ihm geschulten Soldaten große ideologische Schwächen offenbarten. So hatte beispielsweise ein Soldat die Politik der Bundesregierung verherrlicht und deren „Grünen Plan“ gelobt. Auch waren in Malikowskis Divisionsbereich Hakenkreuze an Munitionsbunker geschmiert worden.

Auf anderem Gebiet hatte Hauptmann Malikowski mit seinen Polit-offiziers-Genossen allerdings Hervorragendes geleistet. Animierte durch die „Streng vertraulich“-Aufrufe des ZK an die Niedersachsen und die Bonner ließen sie in der Druckerei der Divisionszeitung „Junge Garde“ auf eigene Faust ähnliche Schriften herstellen, in denen nun allerdings von einem bevorstehenden Bundeswehr-Angriff — wie in den ZK-Dokumenten — keine Rede mehr war.

Es entstanden — nicht ohne Zutun Malikowskis — Passierscheine für überlaufende Bundeswehrgesoldaten, Flugzettel „Die Ära Adenauer ist am Ende“ und ein Aufruf: „Einwohner von Kiel. Die letzten Widerstandsnester des Gegners in der Stadt wurden zerschlagen. Die Stadt befindet sich in den Händen der Truppen der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik.“

Dieses Material nebst einem guten Dutzend Tonbänder, die genormte Schulungsvorträge — aufgesprochen von redigierten Polit-Offizieren und Parteifunktionären — enthielten, offerierte Hauptmann Malikowski seinem Schwager, ehe er zwecks Urlaubsfahrt von Potsdam nach Angermünde eine Durchreisegenehmigung für Ostberlin beantragte.

Während seine Frau mit den beiden Kindern — neun und elf Jahre alt — zwei Stunden vorher Westberlin erreichte, schleppte der Hauptmann in Zivil am 13. August einen Koffer mit den versprochenen Gaben über die Sektorengrenze: den ZK-gedruckten Aufruf mit der Gegenschlag-Parole nebst „Streng vertraulich“-Vermerk und den divisionseigenen Pamphleten seiner eigenen Dienststelle mit kernigen Angriffsparolen und ohne jeden Geheimhaltedruck.

Der in Westberlin nicht offiziell vertretene Bundesnachrichtendienst über-

ließ es den Abwehroffizieren der drei Schutzmächte, den Koffer zu sichten. Auch warteten die Nachrichtenmänner des Ministerialdirektors Reinhard Gehlen jene Karenzzeit ab, die amerikanische Geheimdienstleute in Kronberg (Taunus) für notwendig hielten.

Am letzten Donnerstag schließlich wurde der Kofferinhalt des Hauptmanns Malikowski vom Bundespresseamt enthüllt. Ein Teil der Dokumente wurde bekanntgemacht, der Überbringer allerdings blieb unsichtbar.

So wurde der ungewandte Volksoffizier nicht in Verlegenheit gebracht, auf spitzfindige Fragen nach der Entstehungsgeschichte der verschiedenen Dokumente und den Umständen seines Übertritts antworten zu müssen.

PRIVATISIERUNG

Volks-Kesselwagen

Die Kurszettel der westdeutschen Wertpapierbörsen verzeichneten in der letzten Woche für das deutsche Volkswertpapier einen erfreulichen Kursverlauf: Die vor anderthalb Jahren emittierte Preußag-Aktie konnte entgegen der allgemeinen Börsenschwäche ihre Position gut behaupten. Innerhalb



Bundesschatzgräber Wilhelm
In der Volksaktie alles drin

von vier Wochen war ihr Kurs um 60 Punkte auf 255 gestiegen.

Die kurstreibende Nachfrage nach den Aktien der Preußischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft erklärte sich jedoch nicht etwa aus ungewöhnlichen Geschäftserfolgen der Firma. Sie war vielmehr dem emsigen Bemühen des Bundesschatzministers Dr. Hans Wilhelm zu verdanken, den Volksaktionären noch in diesem Jahr mittels einer lukrativen Transaktion die Vorteile der Bonner Eigentumspolitik handgreiflich zu machen.

Wilhelmi will der Preußag eines der rentabelsten Bundesunternehmen, die VTG Vereinigte Tanklager und Transportmittel GmbH in Hamburg, zuschlagen, das Aktienkapital der Preußag entsprechend erhöhen und die Preußag-Aktionäre kursgünstig mit den jungen Preußag-Papieren beglücken. Dieser warme Regen soll noch vor der VW-Privatisierung — die ersten VW-Aktien werden im Januar 1961 angeboten — über die Volksaktionäre niedergehen.

Das der Preußag zugedachte Objekt rechtfertigt das jähe Interesse der Börse. Die VTG verfügt über 13 900 Kesselwagen, zehn Motortankschiffe und sieben Tanklager mit einem Fassungsvermögen von 670 000 Kubikmetern und ist das größte europäische Unternehmen seiner Art. Die Kesselwagen ermöglichen ein einträgliches Vermietgeschäft, mit dem die Firma im vergangenen Jahr ihren Umsatz auf fast 60 Millionen Mark steigern konnte.

In Erwartung dieses erfreulichen Zuwachses hatte die Hauptversammlung der Preußag im Juni dieses Jahres die Unternehmensverwaltung ermächtigt, das Aktienkapital bei Bedarf von 105 Millionen Mark um 50 Prozent auf 157,5 Millionen Mark zu erhöhen. Nach den Plänen Wilhelmis sollen die Aktionäre je 100 Mark Nominalwert der jungen Aktien für 160 Mark erwerben können und auf diese neuen Papiere schon für das laufende Geschäftsjahr Dividende beziehen.

Da nach Wilhelmis Ermittlungen 80 Prozent der Ersterwerber von Preußag-Aktien bislang an ihren Papieren festgehalten haben, kämen somit die Pioniere des Volkskapitalismus erstmals in den Genuß jener Annehmlichkeiten, die eine Kapitalerhöhung mit sich bringt.

Nutzt der Preußag-Aktionär sein Bezugsrecht aus und bezieht, wie vorgesehen, auf je zwei seiner Altaktien eine junge Aktie für 160 Mark, so darf er sich auf einen gemeinsamen Kurs der alten und neuen Papiere von schätzungsweise 225 freuen. Fühlt er sich dagegen nicht imstande, 160 Mark für eine junge Aktie aufzubringen, so erwächst ihm aus dem Verkauf seines Bezugsrechts an einen Interessenten für junge Preußag-Aktien noch ein Bargewinn von etwa 32 Mark.

Verkündete Schatz-Wilhelmi Anfang Juli über den Hessischen Rundfunk: „Damit haben wir auch diesen ersten Volksaktionären gezeigt, daß in einer Volksaktie alles das drinsteckt, was in jeder Aktie drinsteckt, auch ein Bezugsrecht mit all den erfreulichen Folgen, die sich daraus für den Besitzer einer Aktie ergeben.“

Auch auf andere Weise verfolgt Wilhelmi mit seinem Vorhaben das Ziel, dem Preußag-Papier das zukommen zu lassen, „was in jeder Aktie drinsteckt“. Anders als die Sozial-Experimentierer der CDU hält nämlich der Minister wenig von den Bemühungen, mittels Erwerbsprivilegien für die Bezieher kleiner Einkommen, mit Verkaufssperren — zwei Jahre bei den geplanten VW-Aktien — und sonstigen Sonderbestimmungen die Volksaktien unter Naturschutz zu stellen.

So will der Minister mit der Preußag-VTG-Transaktion zugleich die Norma-



Ist Frische gefragt?

Ja! Frische, Jugendlichkeit und Lebenslust sind untrennbar. „buerlecithin flüssig“ hebt die Lebenskraft und Frische – aktiviert den ganzen Menschen! Besonders wichtig: Unübertroffen rasch und energisch wirkt der Lecithinstoß mit „buerlecithin flüssig“ – ganzheitlich kraftspendend – praeventiv hochwirksam für Herz, Kreislauf, Nerven und Organe.

Wer schafft braucht Kraft-
braucht

buerlecithin
von höchster Aktivität *flüssig*

lisierung der ersten Volksaktie fördern. Die am Preußag-Kapital noch mit 22,4 Prozent beteiligte bundeseigene Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-Aktiengesellschaft (Veba) soll die ihr zustehenden Bezugsrechte nicht ausüben, sondern sie sogleich verkaufen, so daß dem traditionellen Börsenpublikum jetzt zum erstenmal die Möglichkeit eröffnet wird, Preußag-Aktien aus erster Hand zu erwerben.

Das Papier, ursprünglich wie die kommende VW-Aktie den Beziehern von Jahreseinkommen bis zu 16 000 Mark vorbehalten, gewinnt damit immer mehr den Charakter der herkömmlichen Börsenwerte. Auch für den

Preußag-Aktionär wird die allgemeine Kursentwicklung der Montan-Werte künftig an Bedeutung gewinnen.

Vorerst allerdings muß der Bundesfinanzminister seinem Projekt noch ein beträchtliches Hindernis aus dem Weg räumen: Dem Bonner Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß ist daran gelegen, die VTG in Bundeshand zu behalten. Den Bundeswehrboß dünken die 13 900 Kesselwagen des Unternehmens die rechte Transportstaffel für Bundeswehrtreibstoffe in kriegerischen Notzeiten.

Wilhelmi hatte zunächst versucht, den notstandsbedingten Strauß mit dem Hinweis auf die Möglichkeiten des Bundesleistungsgesetzes für die VTG-Privatisierung zu gewinnen. Dieses Gesetz erlaubt, in Notzeiten auch private Kesselwagen zu beschlagnahmen und militärischen Zwecken nutzbar zu machen.

Indes, Straußens Widerstand ist neuerlich erstarkt – seit feststeht, wie schwer es die Bonner Notstandsgesetze im Bundestag haben werden und daß diese Gesetze die Konfiskation von Privateigentum jedenfalls eher erschweren als erleichtern werden.

In der Auseinandersetzung mit Strauß über seinen VTG-Plan kann Wilhelmi allerdings ein starkes Argument ins Feld führen: Wird das Projekt verworfen, so fällt der Kurs für Preußag-Papiere, und die Volksaktien-Ideologie der Bundesregierung nimmt Schaden.

WAHLKAMPF

Propaganda-Sorge

Sozialdemokratische Späher haben bei der Sondierung des Hauptkampffeldes der kommenden Bundestagswahl eine überraschende Entdeckung gemacht. In der christdemokratischen Bereitstellung kundschafften sie eine sorgfältig getarnte Kolonne aus, von deren Existenz die SPD-Wahlmänner noch keine Ahnung hatten: eine „Deutsche Demokratische Aktion“, die



Deutsche Zeitung

Das Lieblingskind: „Es gibt ja gleich was!“

von dem Konteradmiral außer Dienst Siegfried Sorge befehligt wird und bereits im April 1958 in Bonn gegründet wurde, bis heute aber nicht einmal im Telefonbuch der Bundeshauptstadt verzeichnet ist.

Dabei ist dieser sogenannten DDA eine Aufgabe zugedacht, die keine geringe strategische Bedeutung hat. Sie soll im nächsten Jahr an die Stelle jener „Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise“ (ADK) treten, die sich bei den letzten Bundestagswahlen als Propaganda-Kompanie der CDU durch ihre munteren Werbemethoden hervorgetan hat. Aus einem einleuchtenden Grund soll die Arbeitsgemeinschaft jetzt aus der vorderen Front herausgezogen werden: dem Wahlvolk ist inzwischen aufgegangen, daß Arbeitsgemeinschaft und CDU identisch sind. Der CDU-Generalstab aber braucht Hilfstuppen, die als überparteiliche Organisationen ins Feld ziehen.

Auf Wahl- und Propagandahilfe solcher neutraler Vereine wollen die Christdemokraten nicht verzichten.

▷ nachdem Meinungsumfragen ergeben haben, daß Propaganda-Aktionen, die unter dem Namen einer Partei laufen, beim Wahlvolk Mißtrauen erregen, und

▷ nachdem das Bundesverfassungsgericht im Sommer 1958 jene steuerrechtlichen Bestimmungen als verfassungswidrig und damit nichtig bezeichnete, die es möglich gemacht hatten, Geldspenden, an politische Parteien vom steuerpflichtigen Einkommen abzusetzen.

Zweck der CDU-organisierten „Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise“ war es, als nicht durch Parteiinteressen belastete Werbeagentur vor die Wähler zu treten und jene Steuersummen, auch aus öffentlichen Fonds, zu kassieren, die von der CDU nicht mehr vereinnahmt werden konnten.

Mit der allmählichen Enttarnung der Arbeitsgemeinschaft als einer christdemokratischen Nebenstelle schien der Erfolg der ADK jedoch nicht länger